

**Koordinierungsrat
deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus e. V.**

Berlin, den 9. November 2015

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Gegen neuen Antisemitismus und Islamismus - für Pluralismus und Toleranz auch in der Einwanderergesellschaft - Schreiben an Bundesregierung und Bundestag

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

einer der wichtigen Punkte in der Migrantendebatte betrifft die künftigen Regeln für das Zusammenleben mit den neuen Einwanderern in Deutschland, die nach einer ihren humanitären Ansprüchen genügenden Versorgung auch langfristig ihre Integration sichern sollen. Es geht dabei um elementare Grundbestimmungen unserer Verfassung und der Menschenrechte. Zu ihnen gehört der Kampf gegen Antisemitismus und gegen Islamismus.

Die deutschen Erziehungs- und auf die politisch-kulturelle Annäherung gerichteten Anstrengungen gegenüber den aus dem Nahen Osten kommenden Einwanderern haben zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Bei Aleviten aus der Türkei und bei vielen Kurden, mit denen der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus (www.koordinierungsrat.org) in vielfältiger Weise zusammenarbeitet, sind bei der Sicherung der religiös-politischen Toleranz, bei der Antisemitismusablehnung und der politischen Akzeptanz Israels durchaus Erfolge aufzuweisen. Das haben unsere Gespräche mit den entsprechenden alevitischen und kurdischen Verbänden immer wieder gezeigt. Bei vielen anderen Nahost-Einwanderern liegt eine davon deutlich abweichende Bilanz vor.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus ist der Auffassung, dass auch gegenüber den neuen Einwanderern die Bundesregierung auf diesem Gebiet noch nicht ausreichend reagiert hat und die Gefahren vielleicht auch noch nicht richtig einschätzt. Bei Umfragen unter neuen syrischen Einwanderern hat etwa die Hälfte eine bewundernde Haltung gegenüber Adolf Hitler geäußert (vgl. dazu <http://www.zeit.de/2015/40/fluechtlinge-syrer-deutsche-hilfe>, Giovanni di Lorenzo, Zu viel des Guten? Warum wir das Reden über die Schwierigkeiten der Zuwanderung nicht Populisten und Hetzern überlassen dürfen, in: DIE ZEIT, Nr. 40, 1. Oktober 2015, Titelseite). Die Palästinensische Gemeinde Deutschland hat in Berlin eine antisemitische und antizionistische Demonstration vor dem Bundeskanzleramt durchgeführt. Dabei wurde die Ermordung von jüdischen israelischen Zivilisten, darunter jüdischen Kindern, gefeiert, die Abwehrmaßnahmen als Terror disqualifiziert und Israel als "faschistischer Staat" diffamiert.

Diese Art Propaganda zielt letztlich auf die Vernichtung Israels ab und liegt in der Tradition der arabisch-palästinensischen, dehumanisierenden Völkermordpropaganda gegen die Juden und Israel. Sie hatte bereits ohne jeden Zweifel der Palästinenserführer und Hitlerkollaborateur Hadsch Amin al-Husseini - mit Wirkungen bis heute - verbreitet. Adolf Hitler und die ihn unterstützenden Deutschen haben den gegen die Juden und Israel gerichteten Völkermord allerdings selbst erfunden. Sie haben ihn aber auch mit arabischer Unterstützung u. a. durch al-Husseini durchgeführt.

Insgesamt hat sich in der letzten Zeit der Antisemitismus auch in Deutschland erheblich ausgebreitet. Das gilt für bestimmte Themen von rechts bis links weit über die Hälfte der Deutschen hinaus. Typisch ist dafür z. B. die Behauptung, Israel behandle die Palästinenser (deren Zahl sich seit 1967 stark erhöht hat) ebenso schlecht wie die Deutschen unter Hitler die Juden.

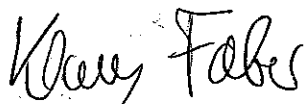
Nach Auffassung des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus muss hier mit allen dem Staat zustehenden Kompetenzen, in ganz Europa, nicht nur, aber auch in der schulischen Behandlung von Schoa- und Demokratiefragen mehr und entschiedener getan werden. In Deutschland gilt dies vor allem für den Kampf gegen die verbreitete gegen Israel gerichtete Völkermordpropaganda, aber auch gegen die NPD, gegen die islamistischen, antisemitischen Terrororganisationen Hamas, Hisbollah oder ISIS. Das gilt ebenso für den Schutz der durch türkische und arabische Extremisten gefährdeten Aleviten und Kurden, im Kampf für religiös-politischen Pluralismus und für Toleranz, die sich nicht auf verbale Leerformeln beschränken lassen.

Wir bitten Sie, sich in Deutschland und in Europa für die Realisierung dieser Prinzipien einzusetzen.

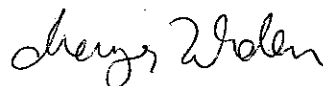
Mit freundlichen Grüßen

Für den Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V. (Haus der Bundespressekonferenz, Büro 6402, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, Tel.: 030-60946233; Tel. des Vorsitzenden Klaus Faber: 0171-5388899; Anschrift: An der Parforceheide 22, 14480 Potsdam):

Vorstandsmitglieder:



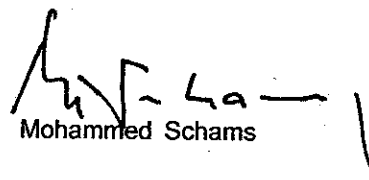
Klaus Faber
Staatssekretär a.D.



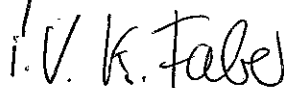
Maya Zehden



Dr. Rafael Korenzecher



Mohammed Schams



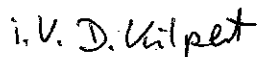
Prof. Dr. Diethard Pallaschke



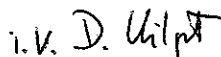
Prof. Dr. Lars Rensmann



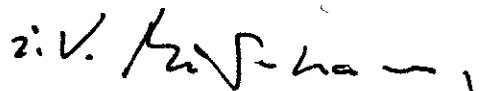
Daniel Kilpert



Prof. Gert Weisskirchen
MdB a.D. (Sprecher des
Kuratoriums des
Koordinierungsrats)



Melek Yildiz
Vorstandsmitglied der
Alevitischen Gemeinde
Deutschland e.V. (Mitglied des
Koordinierungsrats)



Ali Ertan Toprak
Vorsitzender der Kurdischen
Gemeinde Deutschland e.V.
(Mitglied des Kuratoriums des
Koordinierungsrats)

Anhang

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V. ist am 20. November 2009 als Nachfolgeorganisation zu der nicht-rechtsfähigen Vorgängereinrichtung mit dem gleichen Namen gegründet worden, zu der sich am 16. Juni 2007 Organisationen, Einrichtungen und Personen zusammengeschlossen hatten, die sich in der Antisemitismusbekämpfung engagieren. Ihm gehören Christen, Juden, Muslime, Aleviten und Bahai sowie Menschen mit einer anderen Glaubens- oder ohne eine entsprechende Orientierung an. Der Koordinierungsrat mit jetzt 25 Mitgliedern wendet sich gegen alle Formen von Antisemitismus, auch gegen den neuen, israelfeindlichen Antisemitismus. Von Anfang an hat er einen regelmäßigen Bericht der Bundesregierung mit einer Schilderung der Antisemitismusslage und zur Antisemitismusbekämpfung gefordert. Der von allen Fraktionen getragene Beschluss des Bundestags vom 4. November 2008 entspricht dieser Forderung.

Website

<http://www.koordinierungsrat.org>

Vorstand: Staatssekretär a.D. Klaus Faber, RA (Vorsitzender); Maya Zehden (Stellv. Vorsitzende); Dr. Rafael Korenzecher (Stellv. Vorsitzender); Mohammed Schams (Stellv. Vorsitzender); Prof. Dr. Diethard Pallaschke (Vorstandsmitglied); Prof. Dr. Lars Rensmann (Vorstandsmitglied); Daniel Kilpert (Vorstandsmitglied)

Kuratorium: Philipp Mißfelder, MdB (gest. 13. 7. 2015); Prof. Gert Weisskirchen, MdB a.D. (2006 bis 2009 OSZE-Beauftragter für Antisemitismusbekämpfung); Reinhold Robbe, Präsident Deutsch-Israelische Gesellschaft, MdB a.D.; Serkan Tören, MdB a.D.; Steffen Reiche, MdB a.D.; Bettina Kudla, MdB; Ali Ertan Toprak, Kurdische Gemeinde Deutschland e.V.; Wahied Wahdat-Hagh, Publizist; Yilmaz Kahraman, Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.

Haus der Bundespressekonferenz
Belle Etage, Raum: 6402
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

Tel: 030-60946233
info@koordinierungsrat.org